

NUR FRIEDENSVERHANDLUNGEN KÖNNEN DIE UKRAINE RETTEN – Michael von der Schulenburg

[michael-von-der-schulenburg.com /nur-friedensverhandlungen-können-die-ukraine-retten/](https://www.michael-von-der-schulenburg.com/nur-friedensverhandlungen-können-die-ukraine-retten/)

DER UKRAINISCHE KRIEG DARF NICHT IN EIN DRITTES JAHR GEHEN

Letzte Woche erklärte die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Kriegsziele der Ukraine: „Wiedererlangung der vollen territorialen Integrität innerhalb der 1991 anerkannten Grenzen“. Damit hat der Bundestag ein umfangreiches Paket neuer und hochentwickelter Waffen für die Ukraine beschlossen. Die Reaktion der Leitmedien ist durchweg positiv. Unter dem Titel „Sie sind mutiger als die Kanzlerin“ kommentierte die linksliberale ZEIT: „Endlich! Die Regierungskoalition im Parlament sorgt für die Klarheit zur Ukraine und Russland, die (Kanzler) Olaf Scholz fehlt.“

Kritik und Skepsis am Vorgehen der Propagierung des Ukraine-Krieges durch den Westen gegen den russischen Aggressor werden in Deutschland nur an den politischen Rändern geäußert. Hier ist das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) ansässig. Zum zweiten Jahrestag des russischen Krieges in der Ukraine setzt der BSW-Kandidat für die Europawahl, der ehemalige UN-Diplomat und stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen Michael von der Schulenburg (75), der vorherrschenden Argumentationslinie mit einem „Widerspruch“ entgegen Öffentlicher Appell: „Nur Friedensverhandlungen können die Ukraine retten – der Ukraine-Krieg darf nicht in ein drittes Jahr gehen.“

Redaktionsleitung der Berliner Zeitung; 24. Februar 2024

Schulenburgs Berufung vollständig:

Am 24. Februar 2024 jährt sich zum zweiten Mal der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und der Ausbruch des größten, brutalsten und gefährlichsten Krieges auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Krieg hat bisher auf beiden Seiten mehrere hunderttausend Tote, Schwerverwundete und geistig Behinderte zumeist sehr junger Menschen gefordert. Dieser enorme Blutzoll hat uns einer Lösung des Konflikts keinen Schritt näher gebracht – im Gegenteil: Eine friedliche Lösung wird von Tag zu Tag schwieriger. Wie lange wird das Töten noch andauern, bis wir endlich Mitgefühl für das Leid des ukrainischen Volkes empfinden und dabei helfen, diese Barbarei zu beenden?

Der russische Angriff ist illegal und niemand sollte das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung in Frage stellen. Aber dieses Recht darf nicht zur Zerstörung des gesamten Landes und seiner Menschen führen. Und es sind nicht nur russische Waffen, sondern auch Waffen, die von NATO-Staaten geliefert werden, die auf ukrainischem Territorium stationiert sind. Sie sind gleichermaßen für die sukzessive Zerstörung des Landes und das Leid des ukrainischen Volkes verantwortlich. Das kann und darf nicht das Ziel unserer Politik sein.

Die militärische Lage in der Ukraine wird immer besorgniserregender und es besteht kaum noch eine realistische Chance, dass die Ukraine den Krieg gewinnen könnte. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land schnell entvölkert und zunehmend verarmt, wobei vor allem die Alten zurückbleiben. Es wird geschätzt, dass über ein Drittel der in der Ukraine verbliebenen Personen das Rentenalter erreicht haben. Darüber hinaus wird das Land durch Korruption, zunehmende interkommunale Differenzen und interne politische Konflikte geschwächt, während die militärische und finanzielle Unterstützung durch NATO-Staaten drastisch zurückgegangen ist.

Kriege fordern die meisten Opfer in ihrer Zermürbungs- und Endphase. Wenn der Krieg also weitergeht, könnte er sogar zu einem noch schlimmeren Blutvergießen in der Ukraine führen. Das dürfen wir nicht zulassen. Eine Fortsetzung des Krieges wäre unverantwortlich, denn sie könnte zum Zusammenbruch der Ukraine führen, was dazu führen würde, dass das Land einer ganzen Generation seiner Jugend beraubt wird und eine traumatisierte alternde Bevölkerung zurückbleibt, die keine Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft in ihrem Heimatland hat.

Eine Fortsetzung des Krieges würde auch zu noch schlimmeren Folgen für die Menschen in der Europäischen Union und insbesondere für Deutschland führen. Der Niedergang der europäischen Wirtschaft, der zu einer hohen Schuldenlast für künftige Generationen führt, die zunehmende Unfähigkeit der Regierungen, ihrer sozialen

Verantwortung gerecht zu werden und das Notwendige für die Bevölkerung zu investieren, werden soziale Ungerechtigkeiten sowie innerstaatliche Spaltungen und politische Spannungen verschärfen. Wir würden die Risiken für unsere offene, pluralistische Gesellschaft sowie für die demokratische Ordnung erhöhen. Indem wir den Krieg fortsetzen oder sogar ausweiten und eskalieren, setzen wir die Menschen in Europa zunehmend dem Risiko eines unkontrollierbaren, vielleicht sogar nuklearen Krieges aus.

Die Ukraine braucht Frieden – Europa braucht Frieden, und dieser Frieden kann nur durch einen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen erreicht werden. Es liegt in unserer europäischen Verantwortung, diesen Krieg auf europäischem Boden zu beenden. Es darf nicht noch ein Jahr so weitergehen und zu noch mehr sinnlosen Opfern führen. Deshalb erinnere ich die Bundesregierung an ihre verfassungsmäßige Verpflichtung, dem Frieden in der Welt zu dienen. Ich fordere sie auf, gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten und Partnern sowie der ukrainischen Regierung alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen zu erreichen.